



14. Dezember
18 Uhr InstaLive
mit Jo Winkel und
Jan Wiertz,
Junge Union

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche haben wir das erste Eis von unseren Autoscheiben gekratzt – die Eiszeit in und um die Ampel-Koalition scheint hingegen nicht so leicht zu bereinigen. Neuerlicher „Höhepunkt“ der Regierungskrise: Das vom Bundesverfassungsgericht gekippte Haushaltsgebahren der Regierung. Die in viererlei Hinsicht mehr als „bemerkenswert“ Finanzpolitik der „Ampel“ schlägt auch zunehmend auf unser tägliches Leben durch. Das bekomme ich immer deutlicher bei meinen „Vor Ort“-Terminen zu hören, ob im Gespräch mit Sozialverbänden, beim Besuch einer Grundschule oder dem politischen Stammtisch eines Ortsverbandes.

Dies verdeutlicht auf jeden Fall: Bis zum Weihnachtsfest - dem wie ich finde schönsten Fest im Jahr - erwarten uns noch einmal intensive Wochen, in denen es gilt, die Kräfte zu bündeln. Wie, das lesen Sie im Folgenden.

Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener



WIENER TRIFFT... Johannes Winkel Keine Zukunft? Was jetzt zu tun ist!

InstaLive mit JU-Vorsitzendem Jo Winkel am **14. Dezember, 18 Uhr**

Die neue Veranstaltungsreihe „Wiener trifft...“ erfährt noch in diesem Jahr eine Fortsetzung: Gast ist diesmal **Johannes Winkel**, Bundesvorsitzender der Jungen Union. Ebenso mit dabei ist der Kreisvorsitzende der Jungen Union Mettmann, **Jan Wiertz**. Wir treffen uns aber nicht im Wahlkreis, sondern im digitalen Raum: als InstaLive.

Die Erstaufgabe mit Thomas Heilmann und Sylja Zabeli zum Thema „Heizungsgesetz“ hatte im November mit großer Resonanz in Haan stattgefunden und zu einer lebhaften Diskussion geführt. Thema diesmal: Generationengerechtigkeit und die Folgen der Ampelpolitik für die junge Generation. Wir sprechen über die Verpflichtungen, die die Politik gegenüber den kommenden Generationen hat, darüber, wie sich der Arbeitsmarkt und die Renten entwickeln, und warum die Schuldenbremse elementarer Bestandteil der Generationengerechtigkeit ist. Gemeinsam werden wir die Zukunftsperspektiven und Wünsche der nächsten

Generationen diskutieren und gerne auch die Live-Kommentare während unseres Gesprächs beantworten.

Die Veranstaltung beginnt am
14. Dezember 2023 um 18 Uhr
auf meinem Instagram Kanal:
www.instagram.com/klauswienercdu

Einfach reinschalten und gerne in den Kommentaren Fragen stellen. Wir sehen uns online!

Wahl zum Vorsitzenden der MIT Bundesfachkommission Wirtschaft

Mit der Neuwahl des Bundesvorstandes der MIT endete auch die Arbeit der Bundesfachkommissionen. Diese Kommissionen erarbeiten die inhaltlichen Grundlagen und fachspezifischen Ausrichtungen der Vereinigung. Ich freue mich, dass der MIT-Bundesvorstand mich jetzt zum Vorsitzenden der neu eingesetzten Bundesfachkommission Wirtschaft, Innovation und Bildung gewählt hat. Rund 30 Mitglieder der MIT, Spezialisten ihrer Fächer aus ganz Deutschland, werden der Kommission angehören und gemeinsam mit mir, dem Co-Vorsitzenden Elmar Forster sowie unserem Stellvertreter, Stephan Albani, in den kommenden Monaten intensiv am wirtschafts-, innovations- und bildungspolitischen Profil der MIT Bundesvereinigung arbeiten.

Als Mitglied im Bundesvorstand werde ich zudem nun die Themen zwischen Bundestag und Vereinigung noch enger vernetzen können und für eine starke Platzierung der wichtigsten Herausforderungen eintreten, beispielsweise dem Fachkräftemangel, der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Entbürokratisierung.



Der Anfang vom Ende?!

Volles Haus am Dienstagmorgen im Plenum des Deutschen Bundestages, denn der Bundeskanzler gab eine Regierungserklärung zur aktuellen Haushaltskrise ab. Bisher hatte sich der Regierungschef noch nicht klar zum bahnbrechenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts geäußert, dass das Haushaltsgebahren der Ampel insbesondere hinsichtlich der Sondervermögen als verfassungswidrig eingestuft hatte – entsprechend groß nun die Erwartung. Doch was folgte, war wieder einmal bezeichnend für den mangelnden Führungsstil des Kanzlers. Anstatt Fehler einzuräumen (die Umbuchung von Coronahilfen, welche nun als verfassungswidrig erklärt wurde, geht nämlich auf eine Initiative des damaligen Finanzministers Olaf Scholz zurück) oder Lösungsansätze aufzuzeigen, sprach der Bundeskanzler nur über vermeintliche Erfolge seiner bisherigen Politik. Die Haushaltskrise scheint zur Bewährungsprobe für die Ampel-Regierung zu werden.

Welche Konsequenzen ich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ziehe, können Sie im Thema des Monats auf der letzten Seite des Newsletters lesen.



Dr. Klaus Wiener, CDU/CSU

Meine Kritik zur Energiepolitik der Ampel

Erneut konnte ich im Plenum meine Kritik zur derzeitigen Energiepolitik ausführen - meine komplette Rede dazu finden Sie [hier](#). Fest steht: Bereits vor dem wegweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Haushaltstrickserei der Ampel zeigte sich deren Energiepolitik ideologiegetrieben, ineffizient und vor allem teuer. Leidtragend ist hier insbesondere unsere heimische Industrie, die aufgrund der hohen Energiepreise immer weiter an internationaler Wettbewerbsfähigkeit einbüßt.

Anstatt pragmatisch auf die hohen Energiepreise mit dem befristeten Weiterbetrieb unserer heimischen Kernkraftwerke zu reagieren, schaltete die Ampel diese ab und reaktivierte stattdessen lieber Kohlekraftwerke, mit negativen Auswirkungen für Preise und Umwelt. Welche positiven Auswirkungen ein befristeter Weiterbetrieb der Kernenergie auf unsere Energiepreise gehabt hätte, habe ich in einem Tweet auf X (ehemals Twitter) zusammengefasst – sehen Sie [hier](#).



Foto: CDU/Christiane Lang

Fragen an das Wirtschaftsministerium

Jeden Mittwoch in einer Sitzungswoche haben wir Abgeordnete die Möglichkeit, die Bundesministerien zu befragen – besonders in der Oppositionsrolle eine wichtige Aufgabe!

Als im November nun das Wirtschaftsministerium Rede und Antwort stehen musste, konnte ich mich direkt mit zwei Fragen einbringen – einerseits zum Negativrekord ausländischer Direktinvestitionen im Jahr 2022 und andererseits zum starken Anstieg des „Economic Policy Uncertainty Index“. Mein Fazit: Anstatt auf die sich mehrenden Fakten einzugehen, die eine abnehmenden Wirtschaftsleistung Deutschlands belegen, redet sich die Bundesregierung die Lage weiter schön...



Mit Viertklässlern durch den Weltraum: Vorlesetag an der Grundschule

Weltraumreise, Lichtgeschwindigkeit und schwarze Löcher – spannende Themen und lebendiger Austausch bei meinem Schulbesuch in Mettmann: Viertklässlern der Astrid-Lindgren-Schule habe ich aus dem Buch „Der geheime Schlüssel zum Universum“ vorgelesen und dabei das eine oder andere „Geheimnis“ aus dem Bereich der Naturwissenschaften lüften können. Lesen und lernen, eine Kombination, die Spaß macht – und zwar allen Beteiligten.

Darüber hinaus hatten die Schüler auch einige Fragen zu meinem Leben als Bundestagsabgeordneter. Und im Anschluss berichtete mir Schulleiterin Anja Schlösser noch ausführlich über ihre mit einigen besonderen Herausforderungen verbundene Arbeit im täglichen Schulbetrieb.

Fazit: Ein ebenso abwechslungsreicher wie lehrreicher Schultag.

WAHLKREIS

In den Medien

Rheinische Post:

„Keiner muss die Heizung rausreißen“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Erkrath jetzt:

„Zwischen Energiekrise, Wärmewende und Heizungsgesetz“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Supertipp:

„Wiener: „Ohrfeige für unseriöse Haushaltspolitik““
[Hier den Artikel lesen.](#)

Täglich ME:

„CO₂-arme Kalkproduktion als Ausgangspunkt einer klimaneutralen Industrie“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Rheinische Post:

„Lhoist ist auf dem Weg zur CO₂-neutralen Kalkproduktion“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Lokal Anzeiger Erkrath:

„Bürgersprechstunde bei Bundestagsabgeordnetem Wiener“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Lokal Anzeiger Erkrath:

„CDU Alt-Erkrath lädt zum Stammtisch“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Gespräch bei der Caritas: Kürzungen der Koalition gefährden Migrationsarbeit

Drängendes Thema beim Caritas Kreis Mettmann: Der Entwurf des Bundeshaushaltes sieht für den Bereich Migrationsberatung drastische Kürzungen vor. Dem Caritasverband, der Diakonie und dem Internationalen Bund, die diesbezüglich vor allem mit ihren Angeboten Migrationsberatung, Asylverfahrensberatung und Jugendmigrationsdienst nachhaltige Instrumente

etabliert haben, drohen dadurch in ihrer Arbeit massive Einschnitte. Unverständlich, warum die Ampel-Koalition ausgerechnet in einem Bereich überproportionale Kürzungen vornimmt, bei dem es gerade darum geht, Menschen mit gesichertem Aufenthaltstitel in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.



Basisbesuch: Stammtisch bei der CDU Alt-Erkrath

Bewegte Zeiten bringen bewegte Diskussionen: Beim **Stammtisch der CDU Alt-Erkrath** im Brauhaus „Zum goldenen Handwerk“ wurde Fraktur geredet über die aktuell brennenden lokalen und globalen Themen. Für mich ein wichtiger Besuch bei der „Basis“, um die Gedanken, Sorgen und Ideen der Menschen aus der Heimat mit in die bundespolitische Arbeit zu nehmen. Vielen Dank an **Marc Hildebrand** und sein Team, die mit dieser regelmäßigen Veranstaltung einen wertvollen politischen Austausch etabliert haben!



Doppelklatsche statt Doppelwums Wie geht es weiter nach dem Haushalts-Urteil aus Karlsruhe?

Die zweite Sitzungswoche im November hatte es in sich. Das Bundesverfassungsgericht gab dem Antrag unserer Fraktion vollumfänglich statt und erklärte den 2. Nachtragshaushalt für das Jahr 2021, den die Ampelregierung im Jahr 2022 rückwirkend beschlossen hatte, für verfassungswidrig - und damit für nichtig! So etwas hatte es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Heizungsgesetz war dies bereits die zweite Klatsche, die sich die „Ampel“ binnen Jahresfrist vor dem Hohen Gericht in Karlsruhe eingefangen hat.

Geklagt hatten alle 197 Mitglieder unserer Fraktion, allerdings nicht, wie fälschlicherweise häufig behauptet wurde, gegen den Klima- und Transformationsfonds selbst, sondern gegen die Umwidmung der Mittel aus dem Corona-Topf. Mit diesem Manöver, dessen Konstruktion auf den damaligen Finanzminister Olaf Scholz zurückgeht, hat die Ampel gleich gegen mehrere Regeln guter Haushaltsführung verstoßen, nämlich die der Jährigkeit, die der Anlassbezogenheit sowie gegen die Grundsätze der Wahrheit und Klarheit. Lange hatte die Regierung für sich in Anspruch genommen, dass sie trotz der Vielzahl der zum Teil fragwürdigen Ausgabenprogramme die Schuldenbremse einhält. Zu nennen sind hier der Tankrabatt, das 9-Euro-Ticket oder die Energiepauschale – alles Maßnahmen, die wenig passgenau und vor allem teuer waren und überdies für das Klima wenig gebracht haben. Jetzt ist höchstrichterlich bestätigt, dass all dies nur mit einem verfassungswidrigen Buchungstrick möglich gemacht werden sollte.

Klimaschutz und Wirtschaft am Ende?

Jetzt stellt sich die Frage, was die Folgen des Urteils sind. Zunächst einmal ist es gut, dass die Politik der Ampel-Regierung jetzt ein Preischild bekommt. Vorher wurde von ihr zu viel in sogenannten Sondervermögen versteckt. Aber ist damit auch der Klimaschutz am Ende, und bleibt die Wirtschaft in der Transformation auf der Strecke, so wie es Wirtschaftsminister Habeck in einer ersten, sichtbar angespannten Reaktion vernehmen ließ? Sicher nicht! Der Klima- und Transformationsfonds sieht über die kommenden vier Jahre Ausgaben in Höhe von 60 Milliarden Euro vor. Die damit jährlich verbundenen Projekte sollten bei einem Gesamtetat von 445 Milliarden Euro (Tendenz steigend) also durchaus zu stemmen sein. Erforderlich ist jetzt, Ausgaben zu priorisieren. Und da müssen der Klimaschutz und die Wirtschaft eine größere Priorität erhalten als Projekte wie das Bürgergeld, das die Anreize zur Arbeitsaufnahme in weiten Teilen zerstört hat, das Heizungsgesetz, das teuer ist und wenig für das Klima bringt oder die Kindergrundsicherung, deren Mittel nach Meinung vieler Experten bei den Kindern gar nicht ankommen werden. Und vielleicht wäre es auch sinnvoll, das geplante Erweiterungsgebäude fürs Kanzleramt, das mit knapp einer Milliarde Euro zu Buche schlägt, nicht zu bauen.

Noch wichtiger aber ist: Die Transformation der Wirtschaft kann natürlich auch weiterhin gelingen, wenn man es richtig macht. Dazu gehört, dass man den Unternehmen beim Umbau ihres Kapitalstocks mehr Spielräume lässt und vor allem auch auf Instrumente setzt, die kein Steuergeld kosten. Dazu gehört z. B. der Emissionshandel, der im Vergleich zu

Leitmärkten oder Subventionsversprechen für „Leuchtturmprojekte“ das weit überlegene marktwirtschaftliche Instrument ist. Wenn die Transformation der Wirtschaft wirklich davon abhinge, dass Ministerien wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, federführend tätig sind, dann wäre sie wohl auch in 100 Jahren noch nicht abgeschlossen. Was es jetzt braucht, sind gute Rahmenbedingungen, Technologieoffenheit, eine intelligente Einbindung von privatem Kapital und die konsequente Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente, statt Dirigismus und Planwirtschaft Habeck'scher Prägung.

Auf keinen Fall darf die von der Regierung erklärte „Notlage“ zu weiteren Steuererhöhungen führen. Deutschland ist bereits jetzt ein Land, das seine Bürger massiv mit Steuern und Abgaben belastet. Wie für jeden privaten Haushalt, muss auch für den Staat gelten, dass er mit den zu Verfügung stehenden Mitteln auskommt – gerade in einer Zeit, in der sich auch die Menschen mit hohen Preisen und Investitionserfordernissen konfrontiert sehen.

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier](#).

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.11.2023

